



HESSISCHER LANDTAG

02. 02. 2021

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion DIE LINKE

Mieterhöhungen bei der Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt (NHW) sofort zurücknehmen – „Mietenstopp“ auf alle Mieterinnen und Mieter ausweiten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen die bereits zuvor bestehende Mieten- und Wohnungskrise in Hessen weiter verschärfen. Betroffen sind vor allem Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen sowie all jene, die aufgrund rassistischer und anderer Diskriminierungsformen einen erschwerten Zugang zu angemessenem und gesundem Wohnraum haben. Dabei ist das Recht auf Wohnen angesichts der gesundheitlichen Bedrohung durch die Pandemie wichtiger denn je: Schutz vor Corona braucht ein Zuhause!
2. Der Landtag begrüßt, dass die landeseigene Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) ebenso wie viele andere öffentliche und private Wohnungsgesellschaften im Frühjahr 2020 nach Ausbruch der Corona-Pandemie rasch Sofortmaßnahmen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter getroffen haben. Insbesondere der Verzicht auf Mieterhöhungen, Kündigungen und Zwangsräumungen sowie die Möglichkeit zur Mietstundung waren und sind wichtige Schritte. Sie verhindern, dass Menschen wegen Mietschulden ihre Wohnung verlieren und aus der Corona-Krise eine soziale Krise wird.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Entscheidung der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW), trotz der andauernden Corona-Krise mit dem Jahresbeginn 2021 in rund 6.000 Wohnungen in 50 Städten in Hessen die Mieten zu erhöhen, der vielfach betonten besonderen sozialen Verantwortung und Vorbildfunktion des Unternehmens nicht gerecht wird. Gleiches gilt auch für energetische Modernisierungsmaßnahmen, wo diese nicht warmmietenneutral erfolgen und gegen den Protest der betroffenen Mieterinnen und Mieter durchgesetzt werden.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in den Gremien der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) durchzusetzen, dass das Unternehmen entsprechend seiner besonderen sozialen Verantwortung und Vorbildfunktion alle seit dem Ausbruch der Pandemie ausgesprochenen Mieterhöhungen umgehend und vollständig zurücknimmt sowie bis zum Ende der Corona-Krise – mindestens aber bis Ende des Jahres 2021 – auf weitere Mieterhöhungen jeglicher Art verzichtet. Gleiches gilt auch für energetische Modernisierungsmaßnahmen, wo diese nicht warmmietenneutral erfolgen und gegen den Protest der betroffenen Mieterinnen und Mieter durchgesetzt werden.
5. Der Landtag stellt fest, dass die aktuell zur Anwendung kommende Regelung, wonach Mieterhöhungen lediglich für Haushalte unterhalb bestimmter Einkommensgrenzen auf maximal 1 Prozent pro Jahr beschränkt bleiben (sogenannter „Mietenstopp“), aufgrund der notwendigen Offenlegung der Einkommensverhältnisse bürokratisch und unpraktikabel ist, Menschen mit Sprach- oder sonstigen Verständnisschwierigkeiten systematisch benachteiligt und regelmäßig zu vermeidbaren sozialen Härten führt.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in den Gremien der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) durchzusetzen, dass das Unternehmen entsprechend seiner besonderen sozialen Verantwortung und Vorbildfunktion den sogenannten „Mietenstopp“ nach Ende der Corona-Krise auf alle Mieterinnen und Mieter unabhängig von deren jeweiliger Einkommenssituation ausweitet.

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, durch eine Offenlegung der entsprechenden Unternehmenskalkulationen der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) die wiederholt vorgebrachte Argumentation zu belegen, wonach Mieterhöhungen notwendig wären, um Investitionen in neue Wohnungen und die energetische Sanierung bzw. Modernisierung des Bestandes zu finanzieren – obwohl genau hierfür das Eigenkapital der Wohnungsgesellschaft in der jüngeren Vergangenheit zwei Mal um jeweils 200 Millionen Euro erhöht wurde.
8. Der Landtag ruft auch andere öffentliche und private Wohnungsgesellschaften dazu auf, für die gesamte Dauer der Corona-Krise auf Mieterhöhungen, Kündigungen, Zwangsräumungen zu verzichten. Gleiches gilt auch für energetische Modernisierungsmaßnahmen, wo diese nicht warmmietenneutral erfolgen und gegen den Protest der betroffenen Mieterinnen und Mieter durchgesetzt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Februar 2021

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske